



## Presseinformation

Nr. 016/2009

Kiel, Freitag, 23. Januar 2009

Hochschulpolitik / Medizinstudienplätze

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Günther Hildebrand, MdL**

### Ekkehard Klug: Landesregierung und UKSH-Vorstand gefährden die Qualität des Medizinstudiums

Zur Situation an den Medizinischen Fakultäten in Lübeck und Kiel erklärt der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Weil der Vorstand des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UK-SH) in den Arbeitsverträgen aller Klinikärzte – also auch des ärztlichen Personals, das nur im Bereich der Krankenversorgung tätig ist – eine Lehrverpflichtung verankert hat, konnten und können sich wesentlich mehr Medizinstudenten als vorgesehen auf die zulassungsbeschränkten Medizinstudienstudienplätze einklagen. In Lübeck wurden die Aufnahmezahlen für das erste klinische Semester um ein Drittel erhöht (von 180 auf 240). In Kiel mussten 40 zusätzliche Bewerber aufgenommen werden. Da dies ohne entsprechende Aufstockung der Mittel für Forschung und Lehre erfolgt ist und weil die in der Krankenversorgung tätigen Klinikärzte ohne massive Gefährdung der Patientenversorgung auch nicht für Lehraufgaben „abgezweigt“ werden können, gefährdet diese Entwicklung nun die Qualität des Medizinstudiums in Schleswig-Holstein. Der Lübecker Studiendekan Professor Westermann spricht sogar von einem „programmierten Selbstmord“ und rechnet mit einer Verlängerung der Studiendauer für die Medizinstudenten um 1,5 Jahre, sofern die Ausbildungsqualität nicht erheblich verschlechtert werden soll.“ Klug warf der Landesregierung vor, sie habe die Medizin-Fakultäten in eine extrem schwierige Situation gebracht. Entweder müsse das Land die Aufnahmekapazitäten für das Medizinstudium wirksam und rechtssicher begrenzen - was jedoch gerade durch die Gestaltung der ärztlichen Arbeitsverträge am Universitätsklinikum verhindert wurde -, oder der Landeszuspruch für Forschung und Lehre müsse entsprechend der von den Gerichten erzwungenen höheren Aufnahmezahlen gesteigert werden. „Der Vorgang zeigt außerdem, dass es ein Fehler war, die beiden Dekane aus Kiel und Lübeck nicht – wie es die FDP-Fraktion bei der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes im Februar 2007 beantragt hat - als nebenamtliche Mitglieder in den UKSH-Vorstand aufzunehmen“. Die Belange der medizinischen Forschung und Lehre seien im UKSH-Vorstand nicht repräsentiert. Dies zeige im Übrigen auch der Rückzug der Würzburger Medizinprofessorin Eva-B. Bröcker aus dem Aufsichtsrat des Universitätsklinikums.

Wörtlich stellte Klug fest: „Die große Koalition hat das Universitätsklinikum so konstruiert, dass die Interessen von Forschung und Lehre auf Dauer unter die Räder geraten. Dies gefährdet mittelfristig auch die großen Erfolge, die die schleswig-holsteinische Hochschulmedizin beim Exzellenz-Wettbewerb um Sondermittel für die Spitzenforschung an deutschen Hochschulen erreicht hat“.